



Kreis Mettmann
Der Kreistag

Ausschuss für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz

Es informiert Sie:	Dorothea Weiß
Telefon:	02104/99-1741
Fax:	02104/99-841741
E-Mail:	dorothea.weiss@kreis-mettmann.de

Mettmann, den 15.03.2012

Niederschrift

zur Sitzung des Ausschusses für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz

Sitzungstermin Montag, den 05.03.2012, 15:00 Uhr

Sitzungsort Kreishaus Mettmann, Düsseldorfer Straße 26, 40822 Mettmann, Zimmer 1.604 (kleiner Sitzungssaal)

Anwesend waren:

Vorsitz

Dr. Klaus Wagner

Mitglieder

Dirk Brixius
Jürgen Bullert
Harald Degner
Stephan Emmeler
Barbara Enke
Inge Ganteführ
Marc Kammann
Rolf Kramer
Holger Lachmann
Manfred Lübeck
David A. Lungen
Oliver Pera
Maximilian Rech
Udo Switalski
Sebastian Wladarz

Ab TOP 8

Verwaltung

Michael Beitelsmann
Nils Hanheide
Daniela Hitzemann
Markus Imfeld
Thomas Jarzombek
Martina König

Martine Krause
Bernd Schneeweiß
Edgar Schönfisch
Dorothea Stangier
Dorothea Weiß

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1. Formalien
- 1.1. Eröffnung der Sitzung
- 1.2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
- 1.3. Feststellung der Anwesenheit
- 1.4. Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 1.5. Feststellung der Tagesordnung
- 1.6. Benennung von Berichterstatterinnen / Berichterstattern für den Kreistag
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 24.11.2011
3. Informationen der Verwaltung
4. 1. Änderungsverordnung zur Rechtsverordnung vom 18.12.2008 über die Festsetzung der Beförderungsentgelte und Beförderungsbedingungen für die im Kreis Mettmann genehmigten Taxen (Taxi-Tarif-Verordnung) 36/002/2012
5. Bericht zur Geschwindigkeitsüberwachung im Kreis Mettmann 36/001/2012
6. Chemieunfall bei der Firma ASK Chemicals in Wülfrath am 26.01.2012
hier: Anfrage der Kreistagsfraktion DIE LINKE. vom 27.01.2012 32/001/2012
7. Chemieunfall bei der Firma ASK Chemicals in Wülfrath am 26.01.2012
hier: Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 13.02.2012 32/002/2012
- 7a. Kurze Aussprache zu den TOP 6 und 7
8. Antibiotikamissbrauch in der Tiermast
hier: Anfrage der Kreistagsfraktion DIE LINKE. vom 30.01.2012 39/001/2012
9. Untersuchung in einem Hildener Fleischverarbeitungsbetrieb
hier: Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 13.02.2012 39/002/2012

10. Bericht über offene Beschlüsse, Prüf- und Arbeitsaufträge des Ausschusses für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz aus dem Jahr 2011

36/003/2012

11. Nachträge

Nicht öffentlicher Teil

12. Informationen der Verwaltung

13. Nachträge

Öffentlicher Teil

Zu Punkt 1: Formalien

Der Vorsitzende, Herr Dr. Wagner, eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung, die Anwesenheit und die Beschlussfähigkeit fest.

Die Tagesordnung wird auf Antrag der SPD-Kreistagsfraktion einvernehmlich um den TOP 7a „Kurze Aussprache zu den TOPn 6 und 7“ erweitert.

Zum TOP 4 „1. Änderungsverordnung zur Rechtsverordnung vom 18.12.2008 über die Festsetzung der Beförderungsentgelte und Beförderungsbedingungen für die im Kreis Mettmann genehmigten Taxen (Taxi-Tarif-Verordnung)“ wird einvernehmlich Herr KA Bullert als Berichterstatter für den Kreistag benannt.

Zu Punkt 2: Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 24.11.2011

Der Ausschuss genehmigt die Niederschrift über die Sitzung vom 24.11.2011 einstimmig.

Zu Punkt 3: Informationen der Verwaltung

Herr Hanheide informiert den Ausschuss über Ertragsveränderungen in drei Produkten, die Einfluss in den Entwurf des 2. Nachtragshaushalts 2011/2012 gefunden haben:

- 02.02.03 Bußgeldstelle (+ 100.000,-- €)
Bußgelder aus polizeilicher Verkehrsüberwachung 2,9 Mio. € (+ 300.000,-- €)
Bußgelder aus kommunaler Geschwindigkeits- und Rotlichtüberwachung
1,4 Mio. € (- 200.000,-- €)
- 02.05.01 Verkehrssicherheit (+ 200.000,-- €)
Gebührenaufkommen Großraum- und Schwertransporte 1,4 Mio. €
(+ 200.000,-- €)
- 02.05.03 Zulassung von Fahrzeugen
Gebührenaufkommen 3,65 Mio. € (+ 150.000,-- €)

Im Vorfeld wurde mit dem Vorsitzenden abgestimmt, dass der Ausschuss über die Ertragsverbesserungen informiert wird. Eine gesonderte Beratung des Nachtragshaushalts, welche sich nur auf wenige Produkte beschränken soll, wurde für die die tatsächliche Haushaltsentwicklung nachvollziehenden Ertragsverbesserungen als nicht erforderlich angesehen.

Zum Beschluss des Kreistages aus 2010, in Ratingen eine Energieberatungsstelle einzurichten und die Energieberatungsstelle in Langenfeld zu erweitern, berichtet Herr Hanheide, dass die Verbraucherzentrale NRW die Verwaltung nun darüber informiert hat, dass nach Abschluss der entsprechenden Verträge und Bereitstellung der erforderlichen Landesmittel Energieberater für Langenfeld und Ratingen eingestellt worden sind und kurzfristig ihre Arbeit aufnehmen können. In Langenfeld wird das zusätzliche Energieberatungsangebot in der dort bereits eingerichteten Verbraucherberatungsstelle vorgehalten; in Ratingen wurden entsprechende Räumlichkeiten angemietet und eingerichtet.

Die offizielle Eröffnung der beiden Energieberatungsstellen soll in Kürze erfolgen.

Zu Punkt 4:	1. Änderungsverordnung zur Rechtsverordnung vom 18.12.2008 über die Festsetzung der Beförderungsentgelte und Beförderungsbedingungen für die im Kreis Mettmann genehmigten Taxen (Taxi-Tarif-Verordnung) - Vorlage Nr. 36/002/2012
--------------------	---

Herr Hanheide erläutert die Notwendigkeit der Neuregelung der Taxi-Tarife im Spannungsfeld zwischen den wirtschaftlichen Erfordernissen und der Sicherung der Nutzbarkeit von Taxen für die Allgemeinheit.

Sodann stellt Herr Schneeweiß den Ausschussmitgliedern anhand eines Powerpoint-Vortrags (Anlage 1) die wesentlichen Eckdaten der Tarifänderung dar.

Die Fraktionen sind in der anschließenden Aussprache übereinstimmend der Auffassung, die Anpassung der Tarife sei aufgrund der deutlich gestiegenen Benzinpreise einerseits notwendig, aber dennoch maßvoll ausgefallen.

Herr KA Lachmann bittet unter Hinweis auf Seite 7, Absatz 1, letzter Satz der Vorlage um Mitteilung, wie weit Kostensteigerungen in der Zukunft einkalkuliert seien. Hierzu berichtet Herr Hanheide, man gehe davon aus, die jetzige Festlegung der Tarife könne auch ggf. weiter steigende Kraftstoffpreise vorerst abfangen.

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und stimmt dem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

Beschlussvorschlag für den Kreistag:

Die 1. Änderungsverordnung (Anlage 2) zur Rechtsverordnung vom 18.12.2008 über die Festsetzung der Beförderungsentgelte und Beförderungsbedingungen für die im Kreis Mettmann genehmigten Taxen wird erlassen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 5:	Bericht zur Geschwindigkeitsüberwachung im Kreis Mettmann - Vorlage Nr. 36/001/2012
--------------------	--

Einleitend erläutert Herr Hanheide, dass sich die Verwaltung entschlossen habe, dem Ausschuss die Arbeit der Geschwindigkeitsüberwachung näher vorzustellen, nachdem das Thema in der letzten Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses diskutiert worden sei.

Herr Hezel stellt anschließend in einem Powerpoint-Vortrag (Anlage 2) die rechtlichen Rahmenbedingungen der kommunalen Geschwindigkeitsüberwachung dar und erläutert die Unterschiede zur polizeilichen Geschwindigkeitsüberwachung. Darüber hinaus berichtet er, wie

der Kreis Mettmann materiell und personell aufgestellt ist und welche finanziellen Auswirkungen sich aus der Aufgabe ergeben. Bei der Frage Aufwand / Ertrag weist Herr Hanheide darauf hin, dass durch die Geschwindigkeitsüberwachung zwar ein Überschuss erwirtschaftet werde, der aber deutlich geringer als dargestellt ausfalle, da in der Kürze der Zeit nicht alle Kostenfaktoren hätten einberechnet werden können. So seien beispielsweise die relevanten Kosten der Kreiskasse nicht berücksichtigt und die Kosten der Polizei seien gar nicht bekannt.

Herr KA Degner möchte wissen, warum einzelne stationäre Geschwindigkeitsmessanlagen im Kreis nicht mehr in Betrieb seien. Hierzu erklärt Herr Hezel, dass dafür unterschiedliche Gründe vorlägen. Einerseits könne sich die Verkehrssituation derart verändert haben, dass kein Grund mehr für eine Messung vorliege. Andere Standorte bedürften dagegen einer kostenintensiven Reparatur. Solange diese z. Zt. nicht in Betrieb befindlichen Anlagen jedoch rein präventiv wirken würden, lasse man sie auch stehen. Soweit es rechtlich und tatsächlich möglich sei, werde an solchen Standorten auch mobil gemessen. Die mobile Geschwindigkeitsüberwachung sei zudem ohnehin flexibler einsetzbar.

Herr KA Emmler bittet um Auskunft, ob die Einsatzzahlen über die Jahre immer gleich hoch seien. Hierzu teilt Herr Hanheide mit, dass im Jahr 2011 mehr als 106.000 Verfahren abgewickelt worden sind und dies ein absoluter Höchstwert sei. Der Kreis selbst versuche seine Einsatzzahlen auf einem steuerbaren Niveau zu halten, zumal auf die Fallzahlen der Polizei kein Einfluss genommen werden könne. Der Innenminister habe öffentlich angekündigt, die Zahl der Einsätze deutlich erhöhen zu wollen, so dass zwangsläufig mit einer höheren Anzahl an Verfahren zu rechnen sei. Weiterhin fragt Herr Emmler an, ob die Ordnungsbehörden auch Laserpistolen verwenden würden. Dies sei nicht möglich - so Herr Hezel -, weil der Einsatz der Lasermessung das Anhalten des gelaserten Verkehrsteilnehmers erfordere. Dies sei nur der Polizei erlaubt, nicht aber den Ordnungsbehörden.

Herr KA Lachmann erkundigt sich zu den Möglichkeiten der Datenübertragung von den fest installierten Anlagen. Herr Hezel erklärt, dass dies grundsätzlich bereits möglich sei. Zur Klärung der Einzelheiten sei noch im März dieses Jahres ein Gespräch mit dem Hersteller der Messanlagen vorgesehen.

Zu Punkt 6:	Chemieunfall bei der Firma ASK Chemicals in Wülfrath am 26.01.2012 hier: Anfrage der Kreistagsfraktion DIE LINKE. vom 27.01.2012 - Vorlage Nr. 32/001/2012
--------------------	---

Herr SB Pera bedankt sich im Namen der Fraktion DIE LINKE. für die umfassende Beantwortung der Anfrage. Zu der Antwort auf Frage 7 bittet er um nähere Auskunft, welche Voraussetzungen für eine Geltendmachung der Kosten vorliegen müssten. Herr Jarzombek erläutert die entsprechenden Vorschriften des § 41 FSHG, wonach die Einsätze der Feuerwehr grundsätzlich nicht gesondert berechnet werden dürften. Den Ersatz der Kosten könne die Stadt jedoch einfordern, wenn Vorsatz nachgewiesen oder ein Anspruch aus der Gefährdungshaftung des Betriebes abgeleitet werden könne.

Zu Punkt 7:	Chemieunfall bei der Firma ASK Chemicals in Wülfrath am 26.01.2012 hier: Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 13.02.2012 - Vorlage Nr. 32/002/2012
--------------------	--

Herr Hanheide beantwortet die Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion. Die Antwort ist der Niederschrift als Anlage 3 beigelegt.

Zu Punkt 7a: Kurze Aussprache zu den TOP 6 und 7

Ergänzend zu TOP 7 berichtet Frau KA Enke nach einem Gespräch bei der Stadt Wülfrath, dass alle umlagefähigen Kosten des Einsatzes von der Fa. ASK Chemicals bzw. deren Versicherung getragen würden. Die Kosten des Einsatzes des Ordnungsamtsleiters trage die Stadt Wülfrath.

Herrn KA Lachmann sind die Angaben in den Antworten auf die Fragen 1 und 2 der Kreistagsfraktion DIE LINKE. zu allgemein. Er möchte wissen, um welche Stoffe es sich im Einzelnen handele und welchen Gefahrenklassen diese zugeordnet seien. Herr Hanheide bestätigt im Besitz einer entsprechenden Liste zu sein. Die Liste sei aber wenig aussagekräftig, da die Stoffe, mit denen ASK arbeite, ständig wechselten. Je nach Zusammensetzung ergäben sich auch unterschiedliche Gefahrenklassen. Im Übrigen weist er darauf hin, dass hier ohnehin die Zuständigkeit der Bezirksregierung in Düsseldorf gegeben sei.

Herr KA Rech fragt an, wann und mit welchem Inhalt die Ordnungsverfügung der Bezirksregierung Düsseldorf an die ASK GmbH ergangen und wann und in welcher Form mit dem Vollzug der Ordnungsverfügung zu rechnen sei. Herr Hanheide macht noch einmal deutlich, dass die ASK GmbH ein immissionsschutzrechtlich genehmigter Betrieb ist, für dessen Überwachung die Bezirksregierung in Düsseldorf zuständig ist.

Die örtliche Gefahrenabwehr liegt in der Zuständigkeit der Stadt Wülfrath. Es besteht ein Sonderschutzplan, den der Kreis Mettmann unter anderem in Abstimmung mit der Feuerwehr erstellt hat.

Herr KA Rech bittet, den Ausschuss über den Inhalt und die Umsetzung der Verfügung der Bezirksregierung zu informieren. Dies sagt Herr Hanheide für mitteilungsfähige Details zu.

Aus der Antwort der Verwaltung zu Frage 9 unter TOP 6 lässt sich entnehmen, dass eine Überarbeitung des Sonderschutzplans erst für 2014 vorgesehen ist. Herr KA Lachmann ist jedoch der Ansicht, dass bereits aktuell Änderungsbedarf gegeben sei und fragt an, wie die Verwaltung dies sehe. Herr Hanheide bestätigt, dass die Verwaltung auf die aktuellen Ereignisse erforderlichenfalls reagieren werde.

**Zu Punkt 8: Antibiotikamissbrauch in der Tiermast
hier: Anfrage der Kreistagsfraktion DIE LINKE. vom 30.01.2012
- Vorlage Nr. 39/001/2012**

Auch hierzu dankt Herr SB Pera der Verwaltung für die umfangreiche Beantwortung der Anfrage der Fraktion DIE LINKE. Im Abschnitt I ergebe sich zu der Antwort auf Frage 2 die zusätzliche Frage, warum die Eier nicht untersucht werden. Frau Stangier erläutert nochmals, dass Antibiotika keinen Einfluss auf die Legeleistung der Hühner hätten und deshalb ein Einsatz von Antibiotika nicht sinnvoll erscheine. Da insoweit keine Verdachtsmomente bestünden, finde auch keine Untersuchung statt. Herr Hanheide ergänzt in diesem Zusammenhang, dass im Kreis Mettmann keine Tiermastbetriebe ansässig sind.

**Zu Punkt 9: Untersuchung in einem Hildener Fleischverarbeitungsbetrieb
hier: Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 13.02.2012
- Vorlage Nr. 39/002/2012**

Herr Hanheide beantwortet die Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 13.02.2012. Die Antwort ist der Niederschrift als Anlage 4 beigefügt.

Zu Punkt 10:	Bericht über offene Beschlüsse, Prüf- und Arbeitsaufträge des Ausschusses für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz aus dem Jahr 2011 - Vorlage Nr. 36/003/2012
---------------------	--

Herr Hanheide teilt mit, dass aus dem Jahr 2011 keine offenen Beschlüsse, Prüf- und Arbeitsaufträge des Ausschusses für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz vorliegen.

Der Ausschuss nimmt den Bericht über offene Beschlüsse, Prüf- und Arbeitsaufträge des Ausschusses für Ordnungsangelegenheiten aus dem Jahr 2011 zur Kenntnis.

Zu Punkt 11:	Nachträge
---------------------	------------------

Keine.

Der Vorsitzende stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Nicht öffentlicher Teil

[...]

Ende der Sitzung: 16:30 Uhr

gez.
Dr. Klaus Wagner

gez.
Dorothea Weiß